

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 11. Mai 2018

Gegen bundesweite Studierendenvertretung als Körperschaft des öffentlichen Rechts

Wir Freie Demokraten sprechen uns gegen eine bundesweite Studierendenvertretung in Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts aus.

Eine direkte Wahl sehen wir bundesweit nicht als zielführend an, da der Organisations- und Bürokratieaufwand, der durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Wahltermine an den Hochschulen entstände, den Nutzen bei weitem übersteigt.

Vielmehr sehen wir die bundesweit agierenden politischen Hochschulgruppen als studentische Stimme in der Bundespolitik. Ihr Einfluss auf die Realpolitik und damit die Effektivität dieser Verbände ist durch die bereits bestehende Vernetzung deutlich größer und hat sich bereits in der Vergangenheit bewährt.